

39/1995

Generalsekretär Peter Hintze zur Entscheidung bei den Wahlen am 24. März 1996:

Politische Mitte oder linke Instabilität

Die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensordnung in Bosnien hat der Bundesvorstand der CDU auf seiner jüngsten Sitzung am 4. Dezember im Konrad-Adenauer-Haus zum Ausdruck gebracht. Bundeskanzler Helmut Kohl dankte bei dieser Gelegenheit dem Bundesverteidigungsminister ausdrücklich für dessen umsichtige, klare und ruhige Vorbereitung der Bundeswehr auf den Einsatz in der internationalen Friedenstruppe. Mit der Art und Weise, wie er das Thema behandelt hat, habe Volker Rühle auch der Bundeswehr einen Dienst erwiesen.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an die Vorstandssitzung berichtete Generalsekretär Peter Hintze über die weiteren Themen der Beratung und nannte die Beschlüsse der Grünen vom Wochenende zur Beteiligung der Bundeswehr an der Friedenstruppe in Bosnien den Beweis dafür, daß diese Partei „unverändert gegen eine verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik eingestellt“ sei.

Wörtlich erklärte Generalsekretär Peter Hintze weiter:

„Die Grünen haben sich mit ihrem Beschluß politisch und moralisch ins Abseits begeben.“

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● SPD und PDS

Test mit dem „Meißner-Modell“ schlug fehl: Erster gemeinsamer SPD/PDS-Kandidat in Sachsen gescheitert. Seite 3

● „Pakt für Arbeit“

Hermann-Josef Arentz: Unsere Antwort auf Lafontaine: Soziales Bündnis statt Links-Pakt. Seite 5

● Neuregelungen

Was sich 1996 ändert: Weniger Steuern – mehr Kindergeld. Seite 8

● Kriminalität

Manfred Kanther: Verbesserung der Geldwäschebekämpfung. Seite 10

● Europa

Godelieve Quishoudt-Rowohl: Forschungsergebnisse umsetzen – aber wie? Seite 18

● OMV

Der Schutz von Minderheiten ist die Bedingung für Frieden und Freiheit in ganz Europa. Seite 22

Fortsetzung von Seite 1

Gesinnungspazifistische Tiraden werden abgelassen, wo es darum geht, Leib und Leben von Menschen konkret zu schützen. An diesem Widerspruch werden die Grünen, weil er moralisch nicht zu halten ist, über kurz oder lang zerbrechen.“

Zum Thema Neuwahlen erklärte der Generalsekretär:

„Neuwahlen wird es nicht geben. Die Diskussion darüber wird mit dem heutigen Tage eingestellt. Gewählt wird 1998. Die Koalition ist mit einem beachtlichen Arbeitsprogramm angetreten. Das wird sie konsequent erfüllen. Wir treten deshalb 1998 vor die Wählerinnen und Wähler mit der festen Absicht, diese Koalition fortzusetzen.

Was die FDP angeht, sind wir optimistisch, daß sie auch bei den vor uns liegenden Landtagswahlen eine gute Chance hat.

Für die Arbeit in der Koalition haben wir uns vorgenommen, uns unbeirrt von dem einen oder anderen Signal, das der eine oder andere in der FDP aussendet, auf unsere Hauptaufgabe zu konzentrieren, nämlich auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Wir stellen erfreut fest, daß sich die Unternehmensbilanzen in diesem Jahr durchaus positiv lesen. Wir stellen aber auch mit Sorge fest, daß die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in gleicher Weise erkennbar werden.

Wir begrüßen den eingeleiteten Dialog mit den Tarifpartnern. Denn wir glauben, daß in der Verantwortung der Tarifpartner, gerade was die Beschäftigung betrifft, eine große Chance liegt. Wir setzen unsere Anstrengungen verstärkt fort und erwarten viel von der wirtschaftlichen Entwicklung im Mittelstand, weil nämlich besonders hier aus Wachstum unmittelbar auch Beschäftigung wird.“

Zum Thema Pflegeversicherung:

„Wir sind uns darüber einig, daß die zweite Stufe planmäßig zum 1. Juli 1996 in Kraft treten soll. Das ist eine ganz wichtige weitere Maßnahme zur Absicherung der stationär Pflegebedürftigen. Es ist vor allem eine wichtige Maßnahme zur Entlastung der Haushalte der Kommunen.

Zur Kompensationen der Mehrbelastung durch die zweite Stufe der Pflegeversicherung wird es ein breites Maßnahmenpaket geben. Um es aber auch ganz klar zu sagen: Ein weiterer Feiertag wird nicht abgeschafft.“

Zu den Wahlen am 24. März:

„Wir haben uns gründlich mit den Landtagswahlen am 24. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein beschäftigt. Wir werden einen klaren Auseinandersetzungswahlkampf führen, in dem es um die Frage geht: politische Mitte oder linke Instabilität?

Dabei werden wir uns im wesentlichen auf die beiden Themenbereiche wirtschaftliche Entwicklung/Arbeitsplätze und Innere Sicherheit konzentrieren.

Die Wahlergebnisse bei den Direktwahlen in Sachsen vom Wochenende empfinden wir in diesem Zusammenhang als große Ermutigung. Wir haben die Landratswahlen mit sehr hohen Ergebnissen gewonnen, und insbesondere das Landratswahlergebnis im Kreis Meißen-Radebeul zeigt, daß die Linksfrontstrategie von Lafontaine in Deutschland keine Zukunftsperspektive hat. Mit 57 Prozent hat hier die CDU-Bewerberin den gemeinsamen Kandidaten von SPD und PDS klar geschlagen.“

Peter Hintze:

„Deutschland will aus der politischen Mitte heraus regiert werden und nicht vom linken Rand. Wir werden das in den kommenden Wahlkämpfen deutlich machen.“

Test mit dem „Meißner-Modell“ schlug fehl:

Erster gemeinsamer SPD/PDS-Kandidat in Sachsen gescheitert

Mit nur 34,5 Prozent der Stimmen ist der SPD-Kandidat Manfred Müntjes bei der Wahl zum Landrat in Meißner-Radebeul gescheitert. Souverän mit 57,7 Prozent gewann die CDU-Mitbewerberin Renate Koch. Damit und bei zwei weiteren Wahlen bleiben die Landratsämter in Sachsen weiterhin fest in der Hand der CDU. Im Vogtland setzte sich der bisherige Plauener CDU-Landrat Tassilo Lenk mit 51,79 Prozent der Stimmen durch, im neugebildeten Landkreis Westlausitz-Dresdner Land gewann die CDU-Kandidatin Andrea Fischer.

Der sächsische CDU-Generalsekretär Steffen Flath kommentierte die Wahlergebnisse mit der Feststellung: Die Menschen haben sich trotz aller Tagesprobleme erneut für Sicherheit, Kontinuität und Soziale Marktwirtschaft entschieden.

Der in Meißner-Radebeul gescheiterte SPD-Kandidat wertete das Ergebnis dennoch als Schritt in die Zukunft: Er werde mit der PDS weiter zusammenarbeiten. Und auch der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS im Landtag, André Hahn, wertete das Experiment als wegweisend: Wenn man die CDU-Mehrheit brechen wolle, gebe es keine Alternative zu dem Modell von Meißner.

Noch am Wochenende hatte es so ausgesehen, als würde der von SPD und PDS veranstaltete Test möglicherweise gelingen, und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. Dezember hatte immerhin vorsichtig geschrieben:

Aufsehen hat der Wahlkampf in Meißner-Radebeul erregt. Der Bürgermeister von Coswig hat deshalb dieser Tage hohen Besuch

in seiner Stadt gehabt, zwei Ministerpräsidenten, den aus Dresden an einem Abend, den aus Magdeburg am Abend darauf, und hätte nicht die Regie anders entschieden und die Auftritte nach Meissen gelegt, dann hätte er zwei Tage später auch noch Gregor Gysi die Hand schütteln können und wieder einen Tag später dem Bundesbauminister Töpfer. Die SPD hätte gerne Oskar Lafontaine präsentiert, doch hat es nicht mehr geklappt vor der Wahl. Man könnte glauben, in Meißner-Radebeul gehe es um mehr als um Provinzpolitik, und so ist es wohl auch. Denn in Meißner-Radebeul turteln SPD und PDS miteinander.

Sehr viel vorbehaltloser hatte die „Berliner Zeitung“ vom 2. Dezember von der bevorstehenden Wahl im Landkreis Meißner-Radebeul als von einer „bundesweit beachteten Richtungsentscheidung“ gesprochen und die Aussichten auf Erfolg für den SPD-Kandidaten wie folgt beschrieben:

Die Frau vom örtlichen SPD-Vorstand ist sichtlich aufgeregt. Gleich wird zu uns das Fernsehen kommen, ruft sie in den vollbesetzten Klubraum der Arbeiterwohlfahrt von Radebeul. Rentnerinnen betasten ihre Frisur, Männer rühren in den Kaffeetassen, und dann drängt das Kamerateam auch schon herein.

Das Interesse gilt einem schlaksigen jungen Mann mit Brille und dichtem, krausen Haar, der sich vorgenommen hat, Landrat zu werden. Seine Chancen stehen nicht schlecht. Denn Manfred Müntjes, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Dresden-Elbe-Röder, wird nicht nur von seiner eigenen Partei unterstützt, sondern auch von Gewerkschaftern, Bündnisgrünen und der PDS. ■

Zweite Stufe der Pflegeversicherung kommt

Zum Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflege) zum 1. Juli 1996 erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos:

Die 2. Stufe der Pflegeversicherung wird wie vorgesehen zum 1. Juli 1996 in Kraft gesetzt. Die Regierungsfaktionen wissen, daß damit keine zusätzlichen Belastungen für den Mittelstand und die Unternehmen verbunden sein

dürfen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland hat höchste Priorität. Nach den Feststellungen des Sachverständigengutachtens müssen weitere 30 Prozent der Belastungen durch die Pflegeversicherung ausgeglichen werden. Die Kompensation wird im Rahmen eines noch zu beschließenden sozialen Konsolidierungspaketes, das auch unabhängig von der Pflegeversicherung notwendig ist und zu darüber hinausgehenden Einsparungen führen muß, rechtzeitig erfolgen.

CDU für Zoll-Union mit der Türkei

Aus Anlaß des Besuches der Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Frau Tansu Ciller, in Bonn am 5. Dezember erklärte der Türkei-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Kossendey:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt nachdrücklich dafür ein, daß die Zollunion zwischen der Europäischen Union und der Türkei zum 1. Januar 1996 in Kraft tritt. Eine zeitliche Verschiebung würde große Probleme bereiten und die radikalen Kräfte in der Türkei stärken. Deshalb hoffen wir, daß das Europäische Parlament am 13. Dezember eine positive Entscheidung zugunsten der Zollunion mit der Türkei treffen wird.

Die Türkei hat in den letzten Monaten in Fragen der Menschenrechte, vor allem im Bereich der Meinungsfreiheit,

ermutigende Fortschritte gemacht. Es ist zu hoffen, daß der Besuch der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller in Bonn Anlaß zu weiterreichenden Initiativen bildet, um Demokratie und Menschenrechte in der Türkei besser zu schützen.

Tansu Ciller hat vor Journalisten darauf hingewiesen, daß ihre Regierung dabei sei, die Türkei zu demokratisieren.

Die bevorstehenden Parlamentswahlen wären eine gute Gelegenheit, eine Amnestie für nicht-terroristische Straftaten im Bereich der Meinungsfreiheit auszusprechen, um den Weg der inneren Befriedung des Landes zu erleichtern.

Unsere Antwort auf Lafontaine: Soziales Bündnis statt Linkspakt

Mit der Führungsentscheidung auf dem Mannheimer Parteitag hat sich die SPD verändert. Lafontaine hat deutlich gemacht, daß er nicht nur ein rot-grünes Bündnis anstrebt, sondern auch die PDS als linken Bündnispartner an der Regierung beteiligen würde.

Fünf Jahre nach dem Scheitern des Sozialismus in der ehemaligen DDR will Lafontaine der PDS das Mäntelchen der demokratischen Wohlanständigkeit umhängen. Sie soll zum geeigneten Bündnis- oder Tolerierungspartner werden.

Heute sind die beiden politischen Lager (Union und FDP auf der einen Seite, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS auf der anderen Seite) ungefähr gleich groß. Umfragen zeigen, daß sich 75 Prozent aller Wähler der politischen Mitte zuordnen.

Der von Lafontaine angestrebte Linkspakt bietet der CDU die große Chance, in der politischen Mitte verstärkt frühere sozialdemokratische Wähler anzusprechen, die rot-grüne Bündnisse unter Einbeziehung der PDS aus grundsätzlicher Überzeugung für unerträglich halten. Die Grundüberzeugung vieler sozialdemokratischer Betriebs- und Personalräte war in der ganzen Nachkriegszeit bis heute: Kein Bündnis mit Kommunisten! - Die Union muß diesen Wählern, die Lafontaine politisch heimatlos macht, signalisieren, daß ihre sozial- und gesellschaftspolitischen Interessen bei ihr gut aufgehoben sind. Die CDU darf auf den Linksruck der SPD nicht mit einer Rechtspolarisierung antworten. Eine schlechte „Anti-Linkspolitik“, die der Union teilweise empfohlen wird, würde sicher nicht ausreichen, neue Wählerschichten an die CDU zu binden. Der beste Weg, den Sozialismus zu bekämpfen, ist eine engagierte Politik des sozialen Ausgleichs.

Eine Politik des sozialen Ausgleichs braucht ein starkes soziales Bündnis: Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik müssen sich gemeinsam auf einen „Pakt für Arbeit“ verständigen. Vor dem Hintergrund von 3,5 Millionen Arbeitslosen muß die im Januar 1995 gestartete Kanzlerinitiative für mehr Beschäftigung im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Das Treffen

Pressekonferenz am 23. November mit dem Ersten Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, MdL

am 6. Dezember darf nicht das Ende sein; wir brauchen weitere verbindliche Absprachen zwischen der Politik und den Tarifpartnern.

Zu einem „Pakt der Arbeit“ gehört eine massive Senkung der Lohnnebenkosten. Notwendig sind Beitragsentlastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Beiträge könnten drastisch sinken, wenn nur sichergestellt würde, daß alle Ausgaben ordnungspolitisch sauber finanziert werden. Eine Umschichtung der Ausgaben, die im Zuge der deutschen Einheit notwendig sind, würde allein schon dazu führen, daß der heutige Sozialversicherungsbeitrag um 3 Prozent gesenkt werden könnte. Er wäre 1995 identisch mit dem Beitrag des Jahres 1983. Das zeigt, wie konsequent Norbert Blüm den Grundgedanken vom Umbau des Sozialstaates in praktische Politik umgesetzt hat. Es zeigt

auch: die Steuerlastquote ist geschönt, während die Sozialleistungsquote künstlich erhöht wurde.

Konkret fordert die CDA in einem ersten Schritt, daß die Ausgaben für „Fortbildung und Umschulung“ (15,4 Milliarden DM) steuerfinanziert werden. Das ist etwas mehr als 1 Prozentpunkt in der Arbeitslosenversicherung. Nach einer Berechnung der Bundesanstalt für Arbeit bedeutet 1 Prozent weniger Lohnnebenkosten eine Zunahme von 90.000 sozialversicherten Arbeitsverhältnissen.

Arbeitskosten senken

Die Entlastung der Arbeitskosten hat Vorrang vor einer Absenkung des Solidarzuschlags. In dieser Legislaturperiode müssen entscheidende Schritte zur Senkung der Lohnnebenkosten gegangen werden. Dies ist gleichermaßen im Interesse von Arbeitnehmern und der sie beschäftigenden Unternehmen. In diesem Punkt gibt es eine klare Übereinstimmung zwischen der CDA, der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe und dem Parlamentskreis Mittelstand der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag.

Zu einem „Pakt für Arbeit“ gehört auch die konsequente Eindämmung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie immer mehr Normal-Arbeitsverhältnisse in Billigjobs aufgesplittert werden. Immer mehr 580-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit verkleinern die Grundlage zur Finanzierung des Sozialstaates. Je mehr sich diese Grundlage verkleinert, um so schwerer wird die Sozialabgabenlast für diejenigen, die in regulären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Das wiederum verstärkt den Anreiz zur Flucht aus der sozialversicherten Arbeit heraus. Dieser Teufelskreis muß durchbrochen werden.

Nach einer Studie, die das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bereits

1991 veröffentlichte, führten schon vor vier Jahren alle sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse zusammen zu Mindereinnahmen der Sozialversicherung von 11 Milliarden DM. Der Gesetzgeber hat geringfügige Beschäftigungsverhältnisse als Flexibilitätsreserve für die Unternehmen in Ausnahmesituationen geschaffen. Diese Flexibilitätsreserve muß auch zukünftig möglich sein. Aus der Ausnahme darf jedoch nicht die Regel werden. Die CDU hat diesen Gedanken in ihrem Grundsatzprogramm aufgegriffen, indem sie fordert, daß „grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht unterworfen“ werden müssen. Die CDA fordert, daß aus diesem Programmatsart politisches Handeln wird. Dazu gehört, daß die derzeit in Ost- und Westdeutschland geltenden sozialversicherungsfreien Beträge von 470 DM und 580 DM massiv reduziert werden. Zusätzlich ist die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bei gewerblichen Unternehmen auf maximal 10 Prozent der Bruttolohnsumme zu begrenzen. Für Kleinbetriebe und Freiberufler sind Ausnahmen zu ermöglichen.

Beschäftigungsgewinn

Aus aktuellem Anlaß füge ich hinzu: Heute sind allein im Handel 500.000 Arbeitnehmer unterhalb der Sozialversicherungspflicht beschäftigt. Wenn es zu einer moderaten Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes kommt, muß gesichert werden, daß sich ein möglicher Beschäftigungsgewinn in sozialversicherter Arbeit niederschlägt.

Eine große Chance zur Schaffung regulärer Arbeitsplätze besteht in privaten Haushalten. Hier arbeiten derzeit 745.000 Arbeitnehmer unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze. Wir wollen, daß Arbeitnehmer in Privathaushalten arbeits-

und sozialrechtlich besser abgesichert werden. Aus ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen soll sozialversicherte Arbeit werden.

Nach dem französischen Modell eines Dienstleistungsschecks, der sowohl Arbeitsvertrag, Lohnbescheinigung als auch Erklärung gegenüber der Sozialversicherung ist, soll den Beschäftigten ein vollständiger sozialer Schutz durch Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosen- und Rentenversicherung ermöglicht werden. Damit dieses Instrument auch von den Arbeitgebern genutzt wird, müssen die Ausgaben für den Lohn und zur Sozialversicherung bei der Steuer geltend gemacht werden können.

Chance Investivlohn

Zu einer Politik des sozialen Ausgleichs gehört auch, daß endlich in einem Investivlohngesetz der Rahmen für eine zweite Phase der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand geschaffen wird. Der Investivlohn ist die Chance des Lohnempfängers, Miteigentümer der Wirtschaft zu werden und ein entscheidender Schritt hin zu einer partnerschaftlichen Wirtschaftsordnung. Derzeit verfügen 3 Prozent der Privathaushalte über 80 Prozent des Produktivkapitals. Diese Kapitalkonzentration verstößt gegen das machterteilende Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft.

Für den tarifpolitischen Durchbruch der investiven Einkommenspolitik ist das In-

strument der Kapitalanlagegesellschaften als gemeinsame Einrichtung der Tarifparteien zu nutzen. In dieser Frage müssen wir die Tarifautonomie stärken. Ohne gemeinsame Einrichtungen der Tarifparteien wird es keinen wirklichen Durchbruch geben. Wer sie verhindern will, zementiert die Kapitalkonzentration und stellt sich gegen ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Investivlohn ist auch eine Chance, über langfristige Tarifverträge und über die Bereitstellung von Arbeitnehmerkapital Arbeitsplätze zu sichern und neue Beschäftigung zu schaffen. Bei einer fiktiven Vereinbarung von 1 Prozent Lohnerhöhung als Investivlohn würden aufgrund der Bruttolohnsumme in Deutschland jährlich zusätzlich 14,6 Milliarden DM mobilisiert. Im Vergleich dazu hat das gesamte Ausland im letzten Jahr lediglich 2 Milliarden DM in Deutschland investiert. Bei einer durchschnittlichen Eigenkapitaldecke von 18 Prozent würde das Arbeitnehmerkapital die Zinslasten der Betriebe reduzieren, was sich im scharfen Wettbewerb automatisch auf die Preise auswirkt.

Arbeitnehmerstimmen

Die Union hat in den letzten Jahren ihre Mehrheitsfähigkeit durch Arbeitnehmerstimmen gesichert. Sie hat heute die großartige Chance, als soziale Volkspartei der Mitte Stammwähler zu halten und neue Wählergruppen an sich zu binden.

JugendAktionsTips: Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. hat eine neue Broschüre mit dem Titel „Jugendaktionstips“ herausgegeben. Der Verband möchte mit dieser Broschüre aktuelle Modelle, Projekte und einfache Arbeitsanweisungen für eine sinnvoll gestaltete und gestaltende Jugendarbeit anbieten. Die Broschüre ist gegen Zusendung von 2 DM erhältlich bei:
**Frischluft e.V., Postfach 24 01 16, 53154 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23,
Fax: (02 28) 31 47 03**

Weniger Steuern - mehr Kindergeld

Zum 1. Januar 1996 treten wichtige Neuregelungen in Kraft. Familien, Steuerzahler mit geringem und mittlerem Einkommen sowie Häuslebauer werden im kommenden Jahr deutlich entlastet.

● Steuerfreistellung des Existenzminimums

Das Existenzminimum wird in Höhe von 12.095 DM steuerfrei gestellt. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag. Davon profitieren alle, die im nächsten Jahr weniger als 55.727 DM verdienen. Insgesamt werden Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen um 15,5 Milliarden DM entlastet. Für 1,4 Millionen der etwa 30 Millionen Steuerzahler entfällt ab 1996 die Steuerpflicht.

● Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs

Das Kindergeld für das erste und zweite Kind wird im nächsten Jahr jeweils 200 DM betragen. Das Kindergeld für das dritte Kind beträgt 300 DM und für das vierte und jedes weitere Kind 350 DM. Parallel dazu wird der steuerliche Kinderfreibetrag von derzeit rund 4.100 DM auf rund 6.300 DM erhöht. Kindergeld und Kinderfreibetrag gelten ab dem kommenden Jahr alternativ. Das Finanzamt ermittelt die für die Familien günstigere Regelung. Insgesamt werden die Familien ab 1996 um 7,2 Milliarden DM finanziell bessergestellt.

● Neuregelung der Wohneigentumsförderung

Die bisher progressionsabhängige Wohneigentumsförderung nach § 10 e Einkommensteuergesetz wird durch eine progressionsunabhängige Zulage ersetzt. Danach erhält jeder Bürger einmal eine Eigenheimzulage. Die Grundförderung wird wie bisher über acht Jahre gezahlt.

Sie beträgt pro Jahr 5.000 DM für Neubauten (5 Prozent von höchstens 100.000 DM Baukosten inklusive Grundstück) und 2.500 DM für Altbauten (2,5 Prozent von höchstens 100.000 DM Anschaffungskosten). Dies gilt unabhängig davon, ob der Betreffende Steuern zahlt oder nicht. Die

Was sich 1996 ändert

Neuregelung gilt allerdings nicht für diejenigen, die bereits die Steuervergünstigungen nach § 10 e oder § 7b EStG in Anspruch genommen haben.

● Verbessertes Baukindergeld

Familien mit Kindern werden beim Erwerb von Wohneigentum besonders gefördert: Das Baukindergeld wird von 1.000 DM auf 1.500 DM pro Jahr erhöht und ebenfalls acht Jahre lang gezahlt.

● Anhebung der Bausparförderung

Das Wohnungsbau-Prämiengesetz wird verbessert. Die prämiengünstigten Höchstbeträge werden von derzeit 800/1.600 DM (Alleinstehende/Verheiratete) jährlich auf 1.000/2.000 DM erhöht. Die Einkommensgrenzen, die für den Erhalt der Prämie entscheidend sind, werden von derzeit 27.000/54.000 DM zu steuerndes Einkommen auf 50.000/100.000 DM nahezu verdoppelt. Für diese deutliche Anhebung wird der bisherige Sonderausgabenabzug für Bausparkassenbeiträge als Teilgegenfinanzierung abgeschafft.

● Wegfall des Kohlepfennigs

Ab 1996 entfällt der Kohlepfennig. Die Finanzierung der Steinkohlesubvention erfolgt aus dem Bundeshaushalt. Die Energieversorger werden dadurch in die Lage versetzt, die Stromverbraucher um 7,5 Milliarden DM zu entlasten.

● Veränderungen in der Sozialversicherung

▶ Beitragsbemessungsgrenzen

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung werden 1996 in Westdeutschland um rund 2,5 Prozent und in Ostdeutschland um 6 Prozent angehoben. Die Prozentsätze entsprechen den Steigerungsraten der Brutto Lohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Jahr 1994 in den alten und neuen Bundesländern.

Beitragsbemessungsgrenzen monatlicher Bruttoverdienst

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Kranken- und Pflegeversicherung	6.000 DM	5.100 DM
Renten- und Arbeitslosenversicherung	8.000 DM	6.800 DM

▶ Pflegeversicherung

Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung bleibt zum 1. Januar 1996 mit 1 Prozent unverändert. Der Höchstbetrag steigt jedoch in Folge der veränderten Beitragsbemessungsgrenze von zur Zeit monatlich knapp 59 DM in Westdeutschland und knapp 49 DM in Ostdeutschland auf 60 DM bzw. 51 DM für 1996. Davon tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte.

Zum 1. Juli 1996 setzen in der Pflegeversicherung die Leistungen bei der stationären Versorgung ein. Der Beitragssatz steigt von 1 Prozent auf 1,7 Prozent. Der Höchstbetrag beläuft sich dann auf 102 DM im Westen und 87 DM im Osten.

▶ Krankenversicherung

Aufgrund der geänderten Beitragsbemessungsgrenze steigen die durchschnittlichen monatlichen Höchstbeträge in Westdeutschland von 772 DM auf 792 DM und in Ostdeutschland von 624 DM auf 663 DM.

▶ Arbeitslosenversicherung

Die veränderte Beitragsbemessungsgrenze führt zu einem Anstieg der monatlichen Höchstbeträge in den alten Bundesländern von 507 DM auf 520 DM und in den neuen Bundesländern von 418 DM auf 442 DM.

▶ Rentenversicherung

Die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung bewirkt einen Anstieg der monatlichen Höchstbeträge von 1.451 DM in diesem Jahr auf 1.536 DM im kommenden Jahr in Westdeutschland und von 1.190 DM auf 1.306 DM in Ostdeutschland.

Mit dem moderaten Beitragssatzanstieg in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) von zur Zeit 18,6 Prozent auf 19,2 Prozent im nächsten Jahr ist das Beitragssatzniveau von 1994 wieder erreicht. Der Anstieg ist notwendig, um die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve der GRV in Höhe einer Monatsausgabe zu gewährleisten. Bereits 1985/1986 lag der Beitragssatz bei 19,2 Prozent. Zudem ist er niedriger, als anlässlich der Beratungen zum Rentenreformgesetz '92 1988/1989 vorhergesagt worden war.

Zitat

Lafontaine ist eine Spielernatur. Er kämpft nicht mit offenem Visier, sondern er trickst und täuscht so lange, bis er sein Feld bereitet hat. Er ist ein Mann des Handstreichs. Er handelt erst dann, wenn er sicher ist, daß er gewinnt, so wie er es mit Scharping gemacht hat.

Wolfgang Schäuble über Lafontaine in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. November

Verbesserung der Geldwäschebekämpfung

Die Bundesregierung hat den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität mit einer Vielzahl von Maßnahmen aufgenommen. Dazu gehören auch die in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedeten rechtlichen Regelungen, z.B. das Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, das Verbrechensbekämpfungsgesetz und das Geldwäschegesetz.

Allerdings sind die technischen, organisatorischen und gesetzlichen Voraussetzungen wirksamer Verbrechenverfolgung ständig an die sich schnell ändernde Gefährdungslage anzupassen. Die bereits ergriffenen Maßnahmen müssen optimiert werden. Dazu gehört auch die Überprüfung des gesamten Komplexes Geldwäsche.

Um hier möglichst schnell zu einer notwendigen Anpassung zu gelangen, habe ich einen Katalog mit 12 Eckpunkten zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung aufgestellt. Darin sind verschiedene Maßnahmen zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Geldwäschegesetzes und des Kreditwesengesetzes vorgesehen, mit denen der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität noch effektiver geführt werden kann. Das Gewinnstreben ist Triebfeder der Schwermriminalität, Geld der Lebenssaft mafioser Strukturen und Geldwäschebekämpfung daher ein effektives Mittel, um diese Strukturen im Zentrum zu treffen.

Um das Waschen krimineller Gewinne aus OK-Straftaten möglichst umfassend unter Strafe zu stellen, muß der Katalog der Vortaten um weitere Erscheinungsformen

der Organisierten Kriminalität erweitert werden. Es fehlen noch wichtige und lukrative Betätigungsfelder der Organisierten Kriminalität, wie Menschenhandel, Erpressung, gewerbsmäßige Hehlerei, illegales Glücksspiel, Abfall- und Nuklearkriminalität und das Schlepperunwesen. Um diese Straftaten muß der Vortatenkatalog ergänzt werden. Außerdem darf es keine Rolle spielen, ob diese Straftaten banden- und gewerbsmäßig verübt werden. Eines

Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

dieser Merkmale muß ausreichen. Wegen Geldwäsche sollte auch derjenige bestraft werden, der an der Vortat beteiligt war. Mit dieser Neuregelung sollen Beweisprobleme der Praxis behoben werden. Es bedeutet eine wesentliche Erleichterung für die Praxis, wenn der an der Vortat als Täter oder Mittäter Beteiligte auch strafbarer Geldwäscher sein kann.

Häufig können Strafverfolgungsbehörden Informationen über Hintergründe und Strukturen der Organisierten Kriminalität nur erbringen, wenn sie und die in ihrem Auftrag handelnden Mitarbeiter von Kreditinstituten sich am Weiterleiten verdächtiger Gelder beteiligen. Es muß verdeckten Ermittlern und V-Personen deshalb gestattet werden, als „Geldwäscher“ tätig zu werden oder verdächtige Geldbeträge weiterfließen zu lassen, um Hintermänner und Geldwäschekatelle zu enttarnen.

Diese Handlungen, die zu Ermittlungszwecken veranlaßt werden, müssen von der Strafverfolgung ausgenommen sein. Eine derartige Freizeichnungsklausel würde auch eine operative Mitwirkung der deutschen Polizei bei internationalen verdeckten Ermittlungen gegen Geldwäsche ermöglichen. In den USA führte 1992 eine von den Ermittlungsbehörden auf diese Weise „kontrollierte“ Geldwäscheoperation („Green-Ice“) zur Festnahme von ca. 150 Personen sowie zur Sicherstellung von 800 kg Kokain und 50 Mio. US-Dollar.

Da die Telefonüberwachung in besonderem Maße geeignet ist, komplexe internationale Geldwäschestrukturen aufzudecken, muß bei Verdacht der Geldwäsche auch die Telefonüberwachung nach § 100a StPO zulässig sein. Verdächtige Geldsummen müssen auch schneller als bisher sichergestellt werden können. Die Strafprozeßordnung läßt eine Sicherstellung verdächtiger Geldsummen bisher nur bei dringendem Geldwäschetatverdacht zu. Diesen hohen Verdachtsgrad kann die Polizei aber regelmäßig nicht zu Beginn, sondern erst am Schluß eines Ermittlungsverfahrens konkretisieren.

Trotz Geldwäscheverdachts können deshalb verdächtige Transaktionen nicht gestoppt werden. Kriminelle Gewinne werden so unauffindbar. Deshalb muß die Eingriffsschwelle gesenkt werden: Schon wenn Umstände die Annahme rechtfertigen, daß eine Geldsumme aus einer rechtswidrigen Geldwäschevortat stammt, muß eine vorläufige Sicherstellung möglich sein, um das Ermittlungsverfahren mit Aussicht auf Erfolg zu Ende zu führen. Dies bedeutet jedoch keine Beweislastumkehr, so daß der verfassungsrechtliche Grundsatz der Unschuldsvermutung beachtet ist.

Das Verfahren, das im Geldwäschegesetz festgelegt ist, muß verbessert werden. Dies ist insbesondere für die Zusammenarbeit

zwischen den Kreditinstituten und der Polizei wichtig. So sollte im Geldwäschegesetz eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die es den Staatsanwaltschaften ermöglicht, den Banken mitzuteilen, ob auf ihre Verdachtsanzeige nun ein Ermittlungsverfahren erörtert wurde oder nicht.

Ferner müssen klare Fristen für das Anhalten des Geldes durch die Staatsanwaltschaft bei verdächtigen Transaktionen vorgesehen werden. Schließlich sollten die Mitwirkungspflichten nach dem Geldwäschegesetz im Versicherungsbereich nicht nur für Lebensversicherungen, sondern auch für Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr gelten, um kein „Schlupfloch“ für Geldwäscheaktivitäten zu lassen. Da der Versicherungsnehmer bei dieser Versicherungsform die einbezahlte Prämie zurückerhält, sofern er einen bestimmten Zeitpunkt erlebt, besteht hier die Möglichkeit des Waschens von kriminellen Gewinnen durch Einzahlen von Prämien.

Besonders wichtig ist auch, daß Wechselstuben der Bankenaufsicht unterstellt werden. Wechselstuben eignen sich besonders gut zur Umwandlung von Bargeld verschiedener Währungen in Buchgeld. Das ist der erste Schritt jeder Geldwäsche. Nach internationalen Feststellungen werden Wechselstuben zunehmend zur Geldwäsche mißbraucht. Auch in Deutschland sind solche Fälle bekannt geworden. Anders als Banken unterliegen Wechselstuben jedoch nur einer Gewerbeaufsicht, die weniger streng ist als die Bankenaufsicht. Diese Ungleichbehandlung ist sachlich nicht gerechtfertigt und muß im Interesse eines einheitlichen Standards beseitigt werden.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP sieht vor, sich der Thematik der Verbesserung der Geldwäschebekämpfung nach entsprechender Auswertung der gemachten Erfahrungen zu Beginn des Jahres 1996 anzunehmen.

Enormer Bedarf an Orientierung bei Berufsrückkehrerinnen

Im Rahmen der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen in die Erwerbstätigkeit müssen die bereits vorhandenen Förderinstrumente und die bestehenden Beschäftigungsprogramme stärker als bisher miteinander kombiniert werden. Konzepte dieser Art sind um ein Vielfaches leistungsfähiger und kostengünstiger.

Zu diesem Ergebnis kommt der Abschlußbericht des Institutes Infratest Sozialforschung GmbH München, das den Modellversuch der „Beratungsangebote und Beratungseinrichtungen für Berufsrückkehrerinnen“ über fünf Jahre lang wissenschaftlich begleitet hat. Siebzehn Beratungsstellen in den alten Bundesländern wurden von 1989 bis 1994 im Rahmen dieses Projekts durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Frauen in den „mittleren Jahren“

Die starke Inanspruchnahme der Beratungsstellen hat deutlich gemacht, daß es bei den Frauen einen enormen Bedarf an Orientierung, Information und konkreten Hilfsangeboten für Berufsrückkehrerinnen gibt. Die Beratungseinrichtungen wurden von Frauen aus allen Altersgruppen aufgesucht. Entsprechend der Ausrichtung des Modellversuchs gehörte die Mehrheit der Frauen zu einer Altersgruppe, für die mit abnehmenden Familienaufgaben die Frage einer Neuorientierung in den Vordergrund gerückt ist. Es sind also die Frauen in den „mittleren Jahren“, die Hilfe suchen. 65 Prozent der Frauen, die eine Beratungsstelle aufsuchen, sind 31 bis 45 Jahre alt. Sie suchen Unterstützung an den Schnittstellen von Familie und Beruf, die sich aus

persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Bedingungen für sie ergeben haben.

Die im Rahmen des Modellversuchs geschaffenen Kooperationsverbände zeigen, daß der ganzheitliche Beratungsansatz, die „Hilfen aus einer Hand“, den Wiedereingliederungsprozeß wesentlich günstiger beeinflussen als isolierte Beratungs- und

Abschlußbericht zum Modellversuch „Beratungsangebote und Beratungseinrichtungen für Berufsrückkehrerinnen“

Unterstützungsangebote. Daraus folgt, daß alle für die Wiedereingliederung von Frauen relevanten Institutionen und Einrichtungen wie Arbeitsämter, Weiterbildungsträger, Beratungseinrichtungen, Betriebe und Kammern stärker als bisher miteinander kooperieren müssen.

In Umsetzung dieser Ergebnisse werden die Modellberatungsstellen mehrheitlich von den beteiligten Bundesländern auch nach Ablauf des Modells finanziell gefördert. Zum Teil haben die Bundesländer zusätzliche Beratungseinrichtungen dieser Art geschaffen.

Der Abschlußbericht ist unter dem Titel „Ganzheitliche Beratung für Frauen als Hilfen für die berufliche Wiedereingliederung“ unter der Nummer 103 der Schriftenreihe des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht und kann bei der Broschürenstelle, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, bestellt werden.

Ehrenamtliches Engagement und Gemeinsinn sind unentbehrlich

„Unser Sozialstaat ist darauf angewiesen, daß die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit so gestaltet werden, daß sie attraktiv sind und möglichst viele Menschen zur Mitarbeit anregen“, forderte Bundesministerin Claudia Nolte am 4. Dezember in Bonn zum Auftakt der gemeinsamen Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zum Thema „Das Ehrenamt in der sozialen Arbeit – Herausforderungen und Perspektiven“.

Anlaß der Fachtagung ist der „Internationale Tag der freiwilligen Helfer für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“, der seit 10 Jahren – zurückgehend auf einen Beschluß der Vereinten Nationen – jedes Jahr am 5. Dezember begangen wird. Mit der Veranstaltung soll auf die große Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen hingewiesen und die Herausforderungen und Perspektiven des Ehrenamtes in der sozialen Arbeit diskutiert werden.

Berechnungen haben ergeben, daß monatlich in der Bundesrepublik Deutschland 240 Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet werden. Etwa 5 Millionen Männer und Frauen engagieren sich ehrenamtlich.

Claudia Nolte: „Eine menschliche Gesellschaft zeichnet sich in erster Linie durch das Miteinander der Menschen, durch die gegenseitige Fürsorge und Unterstützung aus. Ein Staat, der vorgibt, dieses ersetzen zu können, führt in die Unfreiheit.“

In der alltäglichen Praxis der sozialen Arbeit vor Ort bringen die zunehmende Plu-

ralisierung und Individualisierung in unserer Gesellschaft aber auch neue Herausforderungen mit sich, die nicht ohne Auswirkungen bleiben auf die Form des Engagements der Menschen in der ehrenamtlichen Arbeit. Die Ministerin: „Die Menschen müssen die Notwendigkeit und die Vorteile des praktischen Gemeinsinns und freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit einse-

Gemeinsame Fachtagung des Bundesministeriums und des Deutschen Vereins zum Ehrenamt in der sozialen Arbeit – „Tag des Ehrenamtes“ am 5. Dezember

hen und spüren können. Und sie müssen die verschiedenen Möglichkeiten kennenlernen, sich im Ehrenamt einzubringen.“

In ihrer Rede unterstrich sie, daß es deswegen vor allem darauf ankomme, den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern und Angebote zu schaffen für freiwilliges Engagement. Freiwillige Arbeit dürfe sich aber nicht in erster Linie an die weniger Qualifizierten richten. Die Gesellschaft sei darauf angewiesen, daß alle, die helfen wollen, ihre eigene Qualifikation aus ihrer Arbeit in der Familie und im Erwerbsleben auch außerhalb ihres Berufes einbringen können. Frau Nolte rief die Arbeitgeber und die Personalabteilungen auf, bei der Einstellung neuer Mitarbeiter darauf zu achten, daß Befähigungen, die im Ehrenamt erworben werden, auch bei der beruflichen Tätigkeit Anerkennung finden. ■

Eintreten für gesunde Verteilung landwirtschaftlicher Flächen

Nach einer Erörterung der agrarstrukturellen Entwicklung in der ostdeutschen Landwirtschaft erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Die ostdeutsche Landwirtschaft hat eine einschneidende Umstrukturierung durchgemacht und die schwierigste Wegstrecke zurückgelegt. Aus ein paar tausend – großenteils ineffizient wirtschaftenden und umweltbelastenden Mammutunternehmen – sind fast 28.000 landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlicher Rechtsform hervorgegangen. Einzelbetriebe und Personengesellschaften bewirtschaften fast 40 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. Die landwirtschaftlichen Treuhandflächen sind zum größten Teil langfristige verpachtet. Dadurch haben die ostdeutschen Pächter eine gute und gesicherte Wirtschaftsgrundlage.

Um so wichtiger ist es nun, diese positive Entwicklung zu vielfältigen Betriebsformen zu erhalten und weiter auszubauen. Die zukunftsorientierte Entwicklung darf sich nicht umkehren und wiederum zu ei-

ner ungesunden Konzentration landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens in den Betrieben führen. Daraufhin muß die Förderpolitik ausgerichtet und gegebenenfalls umgestaltet werden. Vor allem muß einer ungesunden Anhäufung landwirtschaftlicher Flächen in den Unternehmen gegengesteuert werden, weil eine derartige Flächenkonzentration der von uns unterstützten bäuerlichen Agrarstruktur, unserem Eigentumsverständnis und den Erwartungen der Gesellschaft an die landwirtschaftlichen Betriebsformen widerspricht. Daher wird die Bundesregierung gebeten, zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie das Grundstückverkehrsgesetz als geeignetes Instrument für eine wirksame Kontrolle des Bodenerwerbs für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden kann. Diese Frage stellt sich erst recht in den Fällen, in denen die Flächenkonzentration im Rahmen des begünstigten Bodenerwerbs auf der Grundlage der Flächenerwerbsverordnung gefördert wird. Ganz und gar unverständlich wäre, wenn dieser bevorzugte Flächenerwerb von einzelnen Ländern durch zusätzliche Mittel begünstigt würde.

Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen jetzt beantragen

Die notwendigen Vorbereitungen für den Start des CO₂-Minderungsprogramms im Gebäudebestand sind getroffen. Wie Bundesbauminister Klaus Töpfer mitteilte, liegen ab 4. Dezember entsprechende Antragsformulare bei Banken und Sparkassen aus. Durch das Programm, das zum 1. Januar 1996 startet, werden energiesparende Maßnahmen an Altbauten in

den alten Bundesländern unterstützt. Im einzelnen werden Maßnahmen zur Verbesserung des Wärmeschutzes an der Gebäudeaußenhülle einschließlich des Einbaus von Wärmeschutzfenstern gefördert. Voraussetzung sei, daß der Bauantrag für das betreffende Gebäude vor Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung, also vor dem 1. November 1977, gestellt worden ist.

Standort besser als sein Ruf – dennoch besteht Handlungsbedarf

Zu den Ergebnissen der am 30. November zum ersten Mal unter seiner Leitung zusammengetretenen Kommission „Standortoffensive“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

In der ersten Sitzung der Kommission „Standortoffensive“ waren die Herren Professor Fels (Institut der Deutschen Wirtschaft/Köln) und Professor Hoffmann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Berlin) zu Gast. In den Statements der Gäste sowie in der anschließenden sehr lebendigen Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern wurden die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie mögliche Lösungsansätze erörtert.

Beide Gäste bestätigten, daß die Lage der deutschen Wirtschaft nicht so schlecht ist, wie die intern geführte Diskussion Glauben mache. Vor allem die Wettbewerbsfähigkeit des aktuellen Güterbündels sei nach wie vor gut. Bei den verstärkten Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen sei zu beachten, daß dies in der Regel gerade geschehe, um Märkte abzusichern und zu erobern, auf diesem Wege also auch, um deutsche Arbeitsplätze zu sichern. Große ausländische Unternehmen hätten in der vergangenen Zeit häufig bereits so große Kapazitäten in Deutschland aufgebaut, daß nicht beständig neue Investitionen in Deutschland erforderlich seien.

Insbesondere wurde die Warnung geäußert, den Standort Deutschland durch überzogene Kritik im Inneren in den Augen des Auslands nachhaltig zu schädigen. Dennoch sind eine stetig steigende

Sockelarbeitslosigkeit trotz wirtschaftlichen Wachstums und zunehmender globaler Wettbewerb Fragen, auf die dringend Antworten gefunden werden müssen. Alte Rezepte, wie sie die SPD beispielsweise mit ihrer stets wiederholten Forderung nach Arbeitszeitverkürzung serviert, helfen hier nicht weiter.

Es wurde bestätigt, daß keine Einzelmaßnahme alleine ausreichen wird, um das erforderliche langanhaltende wirtschaftliche Wachstum zu gewährleisten. Weder die Förderung von Investitionen noch eine

**Märkte absichern und erobern:
damit werden vor allem auch
deutsche Arbeitsplätze gesichert.**

Senkung der Lohnzusatzkosten lösen für sich genommen das Problem. Vielmehr muß ein ganzes Maßnahmenbündel geschnürt werden.

Bei der Diskussion über mögliche Maßnahmen darf kein Thema von vornherein zum Tabu erklärt werden. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch für den öffentlichen Dienst gehört genauso dazu wie die Rolle der Tarifpartner bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Über Verbesserungen des Investitionsklimas ist ebenso zu reden, wie über Entlastungen des Sozialsystems. In der gestrigen Sitzung wurde insbesondere die Bedeutung der von der Bundesregierung bereits verfolgten „Doppelstrategie“ in der Finanzpolitik betont: Schaffung finanzieller Freiräume durch Konsolidierung, um damit die Belastung mit Steuern und Abgaben senken zu können. ■

Bundesfachausschuß Medienpolitik drängt auf „Multimedia-Forum“

Zu den Ergebnissen der Herbsttagung des Bundesfachausschusses Medienpolitik beim Parteivorstand der CDU erklärte dessen Vorsitzender, Staatsminister Anton Pfeifer:

Der Bundesfachausschuß Medienpolitik der CDU hat sich bei seiner Herbstsitzung intensiv mit den Beschlüssen der Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Medienklausurtagung in Bad Neuenahr am 13./14. Oktober befaßt. Der Fachausschuß sieht in der Einigung der Ministerpräsidenten eine gute Grundlage für die anstehende Ausgestaltung der neuen Staatsverträge. Der Ausschuß warnte davor, diesen erreichten Konsens wieder in Frage zu stellen und die gewonnene medienpolitische Handlungsfähigkeit der Länder zu gefährden.

Vielfalt wieder herstellen

Der Fachausschuß stellte fest, daß mit den Beschlüssen der Ministerpräsidenten eine gute Grundlage für die notwendige und von der CDU geforderte Strukturreform im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschaffen und seine vom Bundesverfassungsgericht geforderte Bestands- und Entwicklungsgarantie gesichert worden ist. Die Reform insbesondere der ARD darf nicht allein auf formale und finanzielle Fragen beschränkt werden. Vielmehr kommt es vor allem darauf an, die Vielfalt der Programmgestaltung und -verantwortung wiederherzustellen und zu sichern.

Zu den wichtigen Fragen der Grundversorgung und der Finanzierung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Begrüßt hat der Ausschuß die von den Ministerpräsidenten beschlossenen Eckwerte

zum privaten Rundfunk. Damit werden vor dem Hintergrund sich rapide wandelnder technischer Bedingungen und der zunehmenden internationalen Konkurrenz bessere Wettbewerbsbedingungen für den privaten Rundfunk geschaffen. Arbeitsplatzsicherung und die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sollten auch bei den Regelungen für den privaten Rundfunk Vorrang haben vor ideologischen

Die Beteiligung an den Wachstumsmärkten der Zukunft und die damit verbundenen Beschäftigungschancen dürfen nicht vertan, das Investitionspotential darf nicht blockiert werden.

Festlegungen. Ohne die jetzt getroffenen Vereinbarungen wäre der Fortbestand des dualen Rundfunksystems in Frage gestellt

Es bestand ebenfalls Einigkeit zu den Fragen der Entwicklung von neuen elektronischen Diensten und Multimedia-Anwendungen. Der Ausschuß setzte sich dafür ein, daß das von der Bundesregierung derzeit vorbereitete Telekommunikationsgesetz bis Mitte 1996 verabschiedet und dadurch die gesetzliche Grundlage für die Öffnung der alternativen Netze geschaffen wird. Es kommt darüber hinaus darauf an, für die neuen elektronischen Dienste und Multimedia-Anwendungen einen verlässlichen, praktikablen und wettbewerbsorientierten Ordnungsrahmen zu schaffen, der

auch für zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklungen offen ist.

Die von den Rundfunkbeauftragten der Länder getroffene Vereinbarung, wonach die neuen Dienste im Multimediabereich fast ausschließlich als Rundfunk definiert und damit den strengen und unterschiedlichen Regelungen von 15 Rundfunkmedienanstalten und von 16 Landesgesetzgebungen unterstellt werden, wurde einhellig abgelehnt. Eine Behandlung der neuen Dienste nach den Vorstellungen der Rundfunkbeauftragten der Länder würde zu unnötigen Hemmnissen bei deren Entwicklung, Erprobung und Vermarktung führen und einer regionalen Zersplitterung des Rechts Vorschub leisten. Bei einer solchen Regelung besteht die Gefahr, daß die

Beteiligung an den Wachstumsmärkten der Zukunft und die damit verbundenen Beschäftigungschancen vertan und das Investitionspotential in Deutschland blockiert würden.

Daher fordert der Bundesfachausschuß die Einrichtung eines „Multimedia-Forums“ des Bundes und der Länder. Wirtschaft, Wissenschaft und gesellschaftlich relevante Gruppen usw. sollen hinzugezogen werden können. Aufgabe des Forums soll es sein, die Notwendigkeiten und Anforderungen an einen Ordnungsrahmen zu formulieren, der sowohl Wachstum und Beschäftigung fördert als auch den mit dieser Entwicklung einhergehenden gesellschaftlichen und sozialen Folgen Rechnung trägt.

Den Umweltschutzgedanken in der EU stärken

Auf einer Klausurtagung mit Bundesumweltministerin Angela Merkel befaßte sich der Bundesfachausschuß Umweltpolitik, so erklärte dessen Vorsitzender Kurt-Dieter Grill, mit seinem Arbeitsprogramm in der 13. Legislaturperiode. Zwei besondere Schwerpunkte ergaben sich für die künftige Arbeit des Bundesfachausschusses:

● Es gilt, in den kommenden Jahren den Rahmen für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft festzulegen. Der Bundesfachausschuß wird sich dabei mit konkreten Vorschlägen in die Ziel- und Instrumentendiskussion einbringen. Dabei gilt es vor allen Dingen auch, den Bürgern den konkreten Handlungsbedarf angesichts der großen nationalen, europäischen und globalen Herausforderungen zu verdeutli-

chen. Eine besondere Priorität hat hierfür auf allen Ebenen der Wirtschaft die Durchsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit.

● Zugleich muß auch die Europäische Union dem Prinzip einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung verpflichtet sein. Dieser Grundsatz sollte verbindlich in den Vertrag über die EU aufgenommen werden. Auf der Regierungskonferenz 1996 („Maastricht II“) müssen deshalb die vertragsrechtlichen Grundlagen für den Umweltschutz verbessert werden. Eine starke vertragliche Verankerung des Umweltschutzes dient nicht nur der Umwelt, sondern gewährleistet auch gleiche Standortbedingungen, da die Notwendigkeit von nationalen Alleingängen hierdurch entfallen kann. ■

Forschungsergebnisse umsetzen – aber wie?

Spitzenleistungen in der Forschung sowie bei der Herstellung und Nutzung moderner Technologien stellen die Grundlage für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes dar. Der Anteil an forschungsintensiven Gütern aus der Europäischen Union am Welthandel nimmt indes beständig ab. In einigen Bereichen der Hochtechnologie hat die europäische Wirtschaft wohlmöglich schon den Anschluß verloren.

Dabei ist es gerade für Europa mit seinen nur begrenzten Rohstoffressourcen unabdingbar, sich durch hervorragende wissenschaftliche Leistungen sowie ein Angebot fortschrittlicher und zuverlässiger Techniken auf dem Markt zu behaupten. Die Investition von Finanz- und Humankapital in Zukunftstechnologien und der Ausbau des Technologietransfers sind daher entscheidend.

Ein Grund für die gegenwärtige unbefriedigende Situation ist, daß die Ausgaben für Forschung und technologische Entwicklung in Europa im Gegensatz zu den USA und Japan auf einem unzureichenden Niveau verharren oder sogar rückläufig sind. Innerhalb Europas wird Deutschland nunmehr von Schweden, Frankreich und Großbritannien überrundet, deren Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Gegensatz zu denjenigen in Deutschland wachsen.

Ein zweiter und im Ergebnis schwerwiegender Grund ist darin zu sehen, daß wir in Europa zwar einerseits über ausgezeichnete Wissenschaftler, vor allem auf dem

Gebiete der Grundlagenforschung, verfügen, wie es die zahlreichen seit 1940 an Europäer verliehenen Nobelpreise für naturwissenschaftliche Arbeiten und die Publikationen europäischer Wissenschaftler belegen, andererseits aber bei der Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte und Verfahren zu schwerfällig sind.

Dieses heißt keineswegs, daß Forschungsförderprogramme, insbesondere solche zugunsten der Grundlagenforschung, in Zu-

Von Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP

kunft überflüssig wären. Eine eigenständige Grundlagenforschung bildet die Grundlage für jede angewandte Forschung. Die Forschungsprogramme sollten aber zugleich Regelungen über die Nutzung der Forschungsergebnisse durch die Industrie enthalten, soweit dieses überhaupt möglich ist.

Die Gründe für das Defizit beim Technologietransfer von der Forschung zum Markt sind vielschichtig. Ein Patentrezept zur Lösung dieses Problems gibt es nicht, vielmehr ist es notwendig, auf diesen Bereich künftig unser besonderes Augenmerk zu legen und nach neuen unkonventionellen Lösungsansätzen zu suchen. Das wissenschaftliche wie unternehmerische Risiko, das jeder Forschung und Anwendung innewohnt und ihren Erfolg im voraus kaum abschätzbar macht, kann den Verantwortlichen gewiß nicht genommen

werden. Ziel muß es daher sein, die Bereitschaft, derartige Risiken einzugehen, nachhaltig zu stärken. Eine Maßnahme in diese Richtung könnte die Schaffung finanzieller Anreize für Unternehmen, vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen, darstellen. Derartige Anreize können zum Teil durch die öffentliche Hand in Form direkter Zuwendungen erfolgen.

So hat die Bundesregierung das Programm „Beteiligungskapital für kleine und mittlere Technologieunternehmen“ ins Leben gerufen, durch das bis zur Jahrtausendwende rund 900 Millionen DM Beteiligungskapital mobilisiert werden soll. Hinzu kommt eine staatliche finanzielle Förderung von Risikokapital im Rahmen der Förderung der Forschungs Kooperation über das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie des Innovationsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Privates Kapital gefragt

Angesichts weitgehend leerer öffentlicher Kassen rückt jedoch eine Mobilisierung privaten Kapitals zunehmend in den Vordergrund. Ingedenk der enormen Spareinlagen der Deutschen eröffnet sich hier ein gewaltiges Investitionspotential. Das Vermögen der privaten Haushalte beläuft sich gegenwärtig auf mehr als zehn Billionen DM. Innerhalb des Geldvermögens zählen überdies die Spareinlagen, vor allem Sparbücher und Sparkonten, zu den beliebtesten Anlageformen. Dieses Potential, das im Ergebnis für die Stärkung der deutschen und europäischen Wirtschaftskraft auf dem Weltmarkt ohne unmittelbaren Nutzen ist, läßt sich allerdings nicht ohne weiteres stimulieren. Es bedarf hierzu vielmehr bestimmter indirekter Impulse seitens des Staates.

So sollte die steuerliche Abschreibung von Verlusten im Zusammenhang mit der Einführung innovativer Produkte und Verfah-

ren verbessert werden. Hierzu gehört des weiteren die Einbindung von Investitionsfonds und Stiftungen, die steuerlich begünstigt werden könnten, wenn sie mit ihren Finanzmitteln risikoreiche Forschungsprojekte unterstützen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, eine Kofinanzierung von förderungswürdigen Projekten aus privaten und öffentlichen Mitteln zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital zu verbessern.

Wir können und dürfen es uns nicht länger erlauben, daß ein Unternehmen ein von ihm entwickeltes Produkt nur deshalb nicht auf den Markt bringt, weil ihm die finanziellen Mittel für die Einrichtung der dafür notwendigen Produktionsanlagen fehlen und die Kreditinstitute das Risiko eines Engagements scheuen. Ein solches Unternehmen wird es sich unter Umständen künftig zweimal überlegen, ob es überhaupt noch seine ohnehin begrenzten Ressourcen für Forschungen einsetzt, die dann nicht umgesetzt werden können. Obschon eine solche Einstellung langfristig negative Folgen auch und gerade für das betreffende Unternehmen selbst haben und zu einer Stagnation der technologischen und damit mittelbar der wirtschaftlichen Entwicklung führen wird, ist sie aus der Perspektive insbesondere eines kleinen und mittleren Unternehmens, das in erster Linie um sein Auskommen in allernächster Zukunft besorgt sein muß, nachvollziehbar.

Nachhaltige Impulse

Eine umfassende Aktivierung von privatem Kapital stellte somit eine Investition in die Zukunft im besten Sinne des Wortes dar. Für den Staat bedeutet sie, daß er mit relativ begrenzten Mitteln einen nachhaltigen wirtschaftspolitischen Impuls auslösen kann. Sie kann nicht nur für den einzelnen, der eine höhere Rendite erzielt, sondern für die gesamte Volkswirtschaft von Vorteil sein, die auf diese Weise ihre

Industrie modernisiert und konkurrenzfähig macht.

Die dargelegte Mobilisierung privaten Kapitals kann nur gelingen, wenn sie mit einer grundsätzlichen Verbesserung des allgemeinen forschungspolitischen Klimas in Deutschland einhergeht. Es ginge zu weit, von einer Technologiefeindlichkeit in Deutschland zu sprechen. Es wäre gleichwohl falsch, tatsächlich bestehende Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger etwa gegen die Gentechnologie oder die derzeit noch unabsehbaren Auswirkungen der multimedialen Gesellschaft zu ignorieren. Diese Vorbehalte beruhen häufig auf Unkenntnis, so daß es erforderlich erscheint, auf allen Ebenen das offensichtliche Informationsdefizit offensiv zu bekämpfen. Diese Offensive beginnt schon in den Schulen, die den naturwissenschaftlichen Unterricht ausweiten sollten. Sie betrifft auch die Wissenschaftler selbst, die ihre Forschungen aus den wohl behüteten Laboratorien hinaustragen, in der Öffentlichkeit in verständlicher Weise darstellen sowie für mehr Verständnis und Interesse werben sollten.

Schließlich gehört es zu den vornehmsten Aufgaben politischer Parteien, gerade auch der CDU als einer Volkspartei, neue Themen und Fragestellungen der Bürgerinnen und Bürger frühzeitig aufzunehmen und problemorientierte Lösungen anzubieten. Der strategische Dialog, den die CDU-geführte Bundesregierung zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft initiiert hat, ist ein Erfolgskonzept, um ein Kontaktforum für alle am Innovationsprozeß Beteiligten und Handelnden zu schaffen.

Die Probleme sind erkannt, und Lösungsansätze sind ebenfalls vorhanden. Die CDU wird die Forschungspolitik zur Sicherung des Standortes Deutschland konsequent weiterentwickeln und ihre Effizienz noch weiter steigern.

Wir brauchen einen integrativen Lösungsweg oder, wie auch Bundesminister Rüttgers schon formuliert hat: „Nach dem Motto: Die Wissenschaftler sind fürs Wissen da, die Wirtschaftler sind fürs Geld da und die Politik für die Akzeptanz.“ Die Aufgabenteilung kann nicht funktionieren.

Arbeitsaufnahme von Europol nicht weiter verzögern

Auf die Ratifizierung der Europol-Konvention drängt die EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments.

Der innenpolitische Sprecher der Europäischen Christdemokraten, Hartmut Nassauer, MdEP, sagte in Brüssel, es sei bestürzend, daß die Ratifizierung der im Sommer dieses Jahres nach langwierigen Verhandlungen unterzeichneten Europol-Konvention noch in keinem Parlament der EU-Mitgliedstaaten auch nur begonnen habe.

Europol, das neue europäische Polizeiamt, könne seine Arbeit jedoch erst aufnehmen, wenn die Ratifizierung in

allen Mitgliedstaaten abgeschlossen sei. Die Verzögerung dieses Vorgangs geschehe zum Schaden der inneren Sicherheit in Europa und zu Lasten einer wirkungsvollen Möglichkeit zur Bekämpfung der europaweit operierenden organisierten Kriminalität.

Naussauer sagte weiter, seine Fraktion erwarte von dem Europäischen Gipfel in Madrid Mitte Dezember, daß nun energische Schritte unternommen würden, die notwendigen Rechtsakte in die Wege zu leiten und Europol damit die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Senioren-Union in Madrid gegründet

Am 7. November wurde in Madrid, der Gründungskongreß der Europäischen Senioren-Union (ESU) abgehalten unter aktiver Mitwirkung zahlreicher Seniorenorganisationen von EVP-Mitgliedsparteien.

Die EVP ist sich der Verschiebung der Alterspyramide in ganz Europa bewußt. Der Vorsitzende der EVP, Wilfried Martens, und der Generalsekretär, Klaus Welle, unterstützen daher persönlich die Gründung der Europäischen Senioren-Union. Dieser Zusammenschluß der Seniorenvereinigungen der EVP-Mitgliedsparteien soll die Interessenvertretung der älteren Mitbürger auf europäischer Ebene übernehmen. Die Anerkennung als parteinahe Vereinigung wird im politischen Büro der EVP am 14. Dezember in Straßburg entschieden.

Das neugewählte Präsidium:

In der Gründungsversammlung wurde das Präsidium direkt gewählt: Vorsitzender der ESU wurde Stefan Knafl, der auch Vorsitzender des österreichischen Seniorenbundes (Seniorenorganisation der ÖVP) ist.

Die fünf Vizepräsidenten sind:

- Elisabeth Dispaux-Cornil, Vorsitzende der PSC Seniorenvereinigung in Belgien und Mitinitiatorin der ESU-Gründung;
 - Bernhard Worms, Vorsitzender der Senioren-Union Deutschland und Mitinitiator der ESU-Gründung;
 - Matti Kinnunen, aus der Seniorenvereinigung der Kokoomuspartei, Finnland;
 - Georgio De Giuseppe aus der Seniorenvereinigung der Christdemokraten in Italien und
 - Manuel Nunez Perez aus der Seniorenvereinigung der Partido Popular, Spanien.
- Generalsekretär wurde Ing. Wilhelm Mohaupt, ÖVP.

Europa-Programm

Die ESU wird ein Europa-Programm beschließen, in dem ihre wichtigsten Ziele genannt werden. Basis ist eine Senioren-Charta, deren Entwurf in Madrid vorge stellt wurde.

Ruhestand wird darin als Zeit der persönlichen Entfaltung definiert und ältere Menschen als wichtiger Lebensfaktor im Gemeinwesen. Sie leisteten als ehrenamtliche Helfer, Pflegekräfte in der eigenen Familie sowie als Konsumenten einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Somit sei die heutige ältere Generation stärker in den Blickwinkel gesellschaftlicher Bedeutung und politischer Überlegungen zu rücken.

Es wird unter anderem die Einrichtung eines europäischen Seniorenbeirates gefordert, der zu allen Vorlagen, die die Belange der älteren Menschen betreffen, Stellung nehmen sollte. Ferner sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, einer nachberuflichen Tätigkeit nachzugehen. Die Bildungs- und Kultureinrichtungen in Europa müssen sich ebenfalls verstärkt den älteren Mitbürgern zuwenden.

Die 60jährigen sind zu einer Wachstumsgruppe geworden, deren politische Interessenvertretung zunehmend wichtiger wird. Im Europa der 15 sind heute ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre, 1960 waren es nur 15 Prozent, und die Tendenz ist weiter steigend.

Viele Entscheidungen über ihr Schicksal fallen auf nationaler Ebene in politischen Gremien. Auch die Gremien der EU, Parlament, Kommission und Rat, sind politisch besetzt, und es liegt nun an den älteren Mitbürgern selbst, daß sie sich, auch in Europa, jenen Einfluß sichern, z. B. durch die Senioren-Union, der ihrer Stärke entspricht. ■

Der Schutz von Minderheiten ist die Bedingung für Frieden und Freiheit in ganz Europa

Die Würdigung der historischen Verdienste der Vertriebenen hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Grußwort an die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung als einen wichtigen Teil der Rückbesinnung beschrieben, mit der die CDU in diesem Jahr auf den 50. Jahrestag ihrer Gründung zurückschaut.

Gleichzeitig wies er den Vertriebenen die Aufgabe zu, auch in Zukunft den Dialog mit den ost-, mittel- und südosteuropäischen Nachbarstaaten z. B. in der wichtigen Frage des Schutzes und der Förderung von Minderheiten zu führen. Helmut Kohl: Der Schutz von Minderheiten liegt im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker und damit der Stabilität in ganz Europa.

Eine „zweite geistige Vertreibung“ warf Bundesfinanzminister Theo Waigel, einer der Hauptredner am 1. Dezember in Bad Honnef, der SPD vor und kritisierte in scharfer Form insbesondere den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, der „durch Streichung aller Zuschüsse für die Landsmannschaft Schlesiens“ offenbar auch die Kulturarbeit der Vertriebenen treffen wolle.

Außerdem hielt Waigel den Sozialdemokraten vor, das schwere Schicksal der Aussiedler zu mißachten. Durch eine Grundgesetzänderung wollen sie diesen Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit und damit den Zugang nach Deutschland verwehren.

An die mittel- und osteuropäischen Staaten appellierte Waigel, die Chancen der nachkommunistischen Zeit zu nutzen. An der deutsch-polnischen Freundschaft müsse weiter gebaut werden, und auch die deutsch-tschechischen Beziehungen seien weiterzuentwickeln.

Erneut schlug Waigel einen Beauftragten der Bundesregierung für das Verhältnis zwischen beiden Ländern vor, und nannte die ablehnende Haltung von Ministerpräsident Vaclav Klaus unverständlich, weil die Bestellung ein besonderes Signal gerade der Intensivierung gutnachbarschaftlicher Beziehungen wäre.

Unter Hinweis auf die schwierige Situation in der ehemaligen Sowjetunion sagte Waigel, ohne ein stabiles Rußland könne es auch in Europa keine Stabilität geben: „NATO- und EU-Erweiterung müssen daher parallel laufen mit der Vertiefung der politisch-strategischen Zusammenarbeit zwischen der Allianz und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.“

Konkrete Verhandlungen mit Warschau, Prag und Preßburg über noch offene Vermögens- und Eigentumsfragen forderte der neue und bisherige Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, Helmut Sauer (Salzgitter), und warnte SPD und Grüne davor, „ihr Kesselreiben gegen die Vertriebenen“ weiter fortzusetzen.

Auch trat Helmut Sauer für eine deutliche Erhöhung der ostdeutschen Kulturförderung ein, weil in den neuen Bundesländern 40 Jahre lang das Thema Vertreibung als Tabu galt. Vor allem für die grenzüber-

schreitende Kulturarbeit seien diese Mittel dringend notwendig, um die in den früheren Heimatgebieten verbliebenen Deutschen im Geist der europäischen Völkerverständigung bei der Pflege ihres Brauchtums zu unterstützen.

Unterstützung und Förderung

Diese Forderungen – so Helmut Sauer – entsprächen den Aufgaben, die sich die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung selbst gestellt hat, und er erinnerte dabei insbesondere an die

- Unterstützung der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler bei der Vertretung ihrer berechtigten Anliegen;
- Förderung der deutschen Kulturarbeit und Kulturhilfe in den Heimatgebieten;
- Unterstützung der in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Organisationen im wirtschaftlichen, sozialen, gemeinschaftsfördernden, kulturellen sowie wissenschaftlichen Bereich bei der Sicherung der Minderheiten- und Volksgruppenrechte und der Schaffung dauerhafter Lebensperspektiven;

Als Präsident des Bundes der Vertriebenen würde ich es begrüßen, wenn es in jeder politischen Partei eine solche Vereinigung geben würde, die sich wie Sie der Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler annimmt.

Aus dem Grußwort von Fritz Wittmann an die Bundesdelegierten-tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU

penrechte und der Schaffung dauerhafter Lebensperspektiven;

- Förderung von Begegnungen sowie Weiterentwicklung der Beziehungen mit unseren Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beim gemeinsamen Streben nach einen Europa der freien Völker.

Wahlen

Der neue Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung:

Vorsitzender: Helmut Sauer (Salzgitter) Niedersachsen

Ehrevorsitzender: Dr. Herbert Hupka (gewählt am: 23. 6. 1989) (NRW)

Stellvertretende Vorsitzende:
 Sibylle Dreher (Sachsen-Anhalt)
 Rüdiger Goldmann (NRW)
 Karlheinz Lau (Berlin)
 Kurt Josef Rossmannith, MdB (Bayern)
 Erika Steinbach, MdB (Hessen)

Schatzmeister:

Hans-Erich Frhr. von Bodenhausen (Niedersachsen)

Beisitzer:

Wolfgang Ehlers (Mecklenburg-Vorpommern)
 Uwe Greve (Schleswig-Holstein)
 Dietrich Hoth (Hamburg)
 Werner Hubrich, MdL (Sachsen)
 Staatss. Dr. Walter Priesnitz (NRW)
 Dr. Sieghard Rost (Bayern)
 Horst Schulz (Thüringen)
 Karl Walter Ziegler (Baden-Württemberg)
Hauptgeschäftsführer:
 Klaus Schuck

Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der letzten Woche ihren Vorstand turnusgemäß neu gewählt. Gewählt bzw. in ihren Ämtern bestätigt wurden:

Fraktionsvorsitzender:

Wolfgang Schäuble

Erster Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe:

Michael Glos (bereits 1994 für die ganze Legislaturperiode von der CSU-Landesgruppe gewählt)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Rupert Scholz, **Arbeitsbereich 1:** Recht, Petitionen, Geschäftsordnung, Inneres, Sport, Vertriebene und Flüchtlinge, Kommunalpolitik

Rudolf Seiters, **Arbeitsbereich 2:** Auswärtiges, Verteidigung, wirtschaftl. Zusammenarbeit, Europäische Union

Hans-Peter Repnik, **Arbeitsbereich 3:** Finanzen, Haushalt, Wirtschaft, Fremdenverkehr und Tourismus, Parlamentskreis Mittelstand

Hannelore Rönsch, **Arbeitsbereich 4:** Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Heiner Geißler, **Arbeitsbereich 5:** Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gesundheit

Gerhard Friedrich, **Arbeitsbereich 6:** Umwelt, Forschung, Technologie, Bildung, Wissenschaft, Post, Telekommunikation (am 20.11.1995 von der CSU-Landesgruppe gewählt).

Paul Krüger, **Arbeitsbereich 7:** Aufbau Ost

Parlamentarische Geschäftsführer:

1. Parlamentarischer Geschäftsführer: Joachim Hörster

Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers: Eduard Oswald (bereits 1994 für die gesamte Legislaturperiode von der CSU-Landesgruppe gewählt).

Brigitte Baumeister

Clemens Schwalbe

Andreas Schmidt (Mülheim)

Justitiare:

Reinhard Göhner

Gerhard Scheu (am 20.11.1995 von der CSU-Landesgruppe gewählt).

Beisitzer:

Renate Hellwig

Rainer Eppelmann

Siegfried Hornung

Heinz-Jürgen Kronberg

Michael Luther

Peter Harald Rauen

Christa Reichard

Ortrun Schätzle

Alois Graf von Waldburg-Zell

Jürgen Warnke (am 20.11.1995 von der CSU-Landesgruppe gewählt)

Susanne Tiemann

Gerhard Stoltenberg

Arbeitsgruppen (Vorsitzende/
Obleute):

1. Recht:

Norbert Geis
Wolfgang von Stetten

2. Inneres (Sport)

Erwin Marschewski
Wolfgang Zeitlmann

3. Wirtschaft

Rainer Haungs
Ernst Hinsken

4. Landwirtschaft

Egon Susset
Meinolf Michels

5. Verkehr

Dirk Fischer
Georg Brunnhuber

6. Post

Elmar Müller
Wolfgang Schulhoff

**7. Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau**

Dietmar Kansy
Herbert Frankenhauser

8. Finanzen

Gerda Hasselfeldt
Gunnar Uldall

9. Haushalt

Adolf Roth
Dietrich Austermann

10. Arbeit und Soziales

Julius Louven
Karl-Josef Laumann

11. Gesundheit

Wolfgang Lohmann
Wolfgang Zöllner

12. Auswärtiges

Karl Lamers,
Reinhard von Schorlemer

13. Verteidigung

Paul Breuer
Thomas Kossendey

14. Europäische Union

Gero Pfennig
Michael Stübgen

**15. Wirtschaftliche Zusammen-
arbeit**

Winfried Pinger
Michael Wonneberger

**16. Bildung, Wissenschaft,
Forschung, Technologie**

Christian Lenzer
Rainer Jork

17. Umwelt

Klaus Lippold
Peter Parziorek

**18. Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Maria Eichhorn
Ilse Falk

19. Fremdenverkehr

Rolf Olderog
Klaus Brähmig

Ehrenrat:

Hans Klein
Heinz Riesenhuber
Dieter Schulte

Finanzkommission:

Ernst Hinsken
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Rolf Olderog
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)

Kommentare zum Landesparteitag in Bad Dürkheim

Siegeswille

*Die Stimmung ist gut: CDU-Landeschef Johannes Gerster hat es in den vergangenen beiden Jahren geschafft, seiner Partei wieder Zuversicht und Optimismus zu vermitteln. Jetzt, wenige Monate vor der nächsten Landtagswahl, sammeln sich die Christdemokraten hinter ihrem Vor-
mann. Die Zeit der internen Querelen ist inzwischen vorbei - Kritik wird nur noch hinter vorgehaltener Hand geäußert.*

Ein Wechsel in der Staatskanzlei scheint möglich. Doch fällt auf, wie sehr die CDU auf Unterstützung aus Bonn hofft: Nicht die landesspezifischen Themen werden den Wahlkampf beherrschen, vielmehr wird die Bundesrepublik der Auseinandersetzung ihren Stempel aufdrücken. Kein Wunder, daß bereits der Begriff der „Kleinen Bundestagswahl“ die Runde macht.

Der Parteitag in Bad Dürkheim belegte den Siegeswillen der CDU. Die Partei will es nach dem Absturz vom April 1991 wieder wissen. Sie glaubt daran, die besseren Konzepte zu haben, und sie will der SPD die Macht abjagen. Dabei hofft sie, daß die Debatte um Rot-Grün ihre Wähler mobilisiert. Gleichzeitig bietet Gerster der

FDP Unterschluß in einer Koalition an. Denn zur Rückgewinnung der Macht braucht die CDU einen Partner. Daran gibt es derzeit keinen Zweifel. **Allgemeine Zeitung, Mainz**

Aufbruchstimmung

Die Bestätigung des CDU-Landesvorsitzenden Johannes Gerster im Amt steht für einen Markstein der rheinland-pfälzischen CDU auf ihrem zweijährigen Weg in die politische Offensive. Mit der überragenden Zustimmungquote von 97 Prozent erwiesen die Delegierten dem Spitzenkandidaten für die Landtagswahl das Vertrauen, der die Partei nach dem Neubeginn vor zwei Jahren aus der 31-Prozent-Talsole herausgeführt hat. Gerster symbolisiert die nach den Querelen im Landesvorstand eingeforderte Geschlossenheit der Gesamtpartei, die die Delegierten auch per Stimmkarte demonstrierten.

Zuversicht statt Kleinmut, Siegeswille statt Verzagtheit: Beim Parteitag in Bad Dürkheim spiegelte sich die Aufbruchstimmung wider, die seit einiger Zeit in der Landespartei herrscht. Sie liegt in den Meinungsumfragen über 40 Prozent, drei Prozent vor der SPD.

Die Rheinpfalz

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Winterschal

Ob für Wintersport, Schneewanderung oder Canvassing, mit dem Winterschal der CDU sind Sie bestens gerüstet für die kalte Jahreszeit. Deshalb sollte der CDU-Winterschal jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestell-Nr. **9362**

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

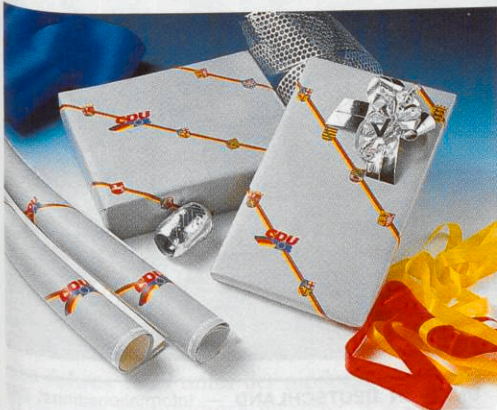
IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)



Geschenkpapier

Festlich schenken und verpacken mit dem Geschenkpapier der CDU.

Bestell-Nr. **9592**

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Verpackungseinheit: 19,60 DM

Advents- und Weihnachtslieder



CDU

Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Weihnachten mit der CDU

CDU-Aus- stechformen- Set

Durch die Ausstechförmchen der CDU können Sie z. B. beim Weihnachtsbasar oder an den Info-Ständen Ihres Ortsverbandes leckeres CDU-Gebäck anbieten.

Bestell-Nr.: 9109
Verpackungs-
einheit: 10 Sets
Preis je 10 Sets:
17,00 DM



UiD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.

39/1995